

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Finanzierung der Forschungsverbände zur DDR-Forschung sicherstellen – Kommunismus-Forschung und Vermittlungsarbeit zur Willkür in der DDR stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Robert M. Zoske schreibt in seinem Buch: „Die Bilder von Sophie Scholl kennt jeder: Die dramatischen Filmszenen im Lichthof der Münchner Universität haben sich ins kulturelle Gedächtnis eingefräst.“¹ Sophie Scholl und der Widerstand im Nationalsozialismus stehen auf jedem Schullehrplan, sind für viele Menschen ein Begriff. Doch wer kennt eigentlich Herbert Belter und Werner Gumpel? Zusammen mit Gleichgesinnten verteilten die Studenten im Jahr 1950 Flugblätter an der Universität Leipzig, die sich an politisch Andersdenkende richteten. Sie wurden deswegen verhaftet. Werner Gumpel wurde wegen antisozialistischer Propaganda, terroristischer Unterstützung und Spionage zu zweimal 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Herbert Belter wurde in einem nicht-öffentlichen Geheimverfahren 1950 durch ein Sowjetisches Militärtribunal in Dresden zum Tode verurteilt, anschließend nach Moskau gebracht und 1951 durch Genickschuss hingerichtet.

Der Widerstand der Belter-Gruppe wird zwar erforscht, bleibt jedoch weiterhin in der Bevölkerung kaum bekannt. Es gibt zahlreiche weitere Vorgänge in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR, die zwar in Ansätzen bekannt, jedoch nicht erforscht sind. Die Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit der realsozialistischen Herrschaft bleiben von besonderer gesamtdeutscher Verantwortung. Es ist daher weiterhin unabdingbar, die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der DDR und dem SED-Unrecht zu stärken und voranzutreiben, um die gesellschaftspolitischen Folgewirkungen verstehen und die Vermittlungsangebote verbessern zu können.

Neben der weiteren intensiven Erforschung der SED-Diktatur bedarf es einer Perspektivenerweiterung in der DDR-Forschung. Sie muss in breitere Bezüge eingebettet werden und die Wirkmechanismen des Kommunismus in Gänze erforschen. Trotz zahlreicher verdienstvoller Forschungen gibt es einerseits wichtige (Spezial-)Themen, die der Erforschung harren, andererseits neue Fragestellungen und methodisch-theoretische Zugänge, die neue Erkenntnisse bringen.

¹ Robert M. Zoske (2020): Sophie Scholl: Es reut mich nichts: Porträt einer Widerständigen.

Im Gegensatz zum Nationalsozialismus wird der Kommunismus bis heute in der Forschung nicht als eigenständiges Forschungsfeld wahrgenommen. Es gibt keinen einzigen Lehrstuhl an einer deutschen Hochschule zur DDR-Geschichte und der Geschichte sowie den Wirkungsweisen des Kommunismus.

Die Bundesregierung hat in der vergangenen Legislaturperiode unter Unions-Führung u. a. mit der Förderung über die „Richtlinie zur Förderung von Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der DDR-Forschung im Rahmenprogramm Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften“ die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der DDR und dem SED-Unrecht vorangetrieben. Es ist eben eine gesamtdeutsche Aufgabe, die 2. Diktatur auf deutschem Boden im nationalen Gedächtnis nachhaltig zu verankern. Mit der Erforschung der DDR und der Kommunismus-Geschichte werden auch die Opfer dieser Unrechtssysteme dem Vergessen entrissen. Diese Förderung hatte daher das wichtige Ziel, eine stärkere strukturelle Verankerung der nur schwach entwickelten DDR-Forschung in der deutschen Hochschul- und Forschungslandschaft zu etablieren und damit auch einen Beitrag für die Verankerung der Themen in der universitären Lehre zu leisten, die nicht zuletzt für die Ausbildung zukünftiger Lehrerinnen und Lehrer und damit für die Vermittlung dieser Themen in den Schulen von großer Bedeutung ist.

Aus Sicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist es den Forschungsverbänden in den vergangenen Jahren – trotz der Herausforderungen der Corona-Pandemie – gelungen, das Wissen über die DDR grundlegend zu erweitern und wertvolle Impulse für die DDR-Forschung in Universitäten, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Gedenkstätten zu geben. Diese wichtige Bundesförderung ist für die Forschungsverbände von großer Bedeutung.

Statt die Förderung der DDR-Forschung fortzuführen oder gar auszuweiten, hat die Bundesregierung im Haushalt 2023 nun aber eine deutliche Kürzung des Titels 685 10-165 im Kapitel 3003 vorgenommen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion kritisiert eine etwaige Kürzung und fordert die Bundesregierung auf, dies umgehend zu korrigieren.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel und der verfassungsgemäßen Zuständigkeiten auf,
 1. die in der ersten Förderrunde bereitgestellten Mittel für die „Forschungsverbände SED-Unrecht“ auch in der zweiten Förderrunde in mindestens gleicher Höhe zur Verfügung zu stellen und die Ergebnisse einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen;
 2. den abgelehnten Förderprojekten aus der zweiten Förderrunde der „Richtlinie zur Förderung von Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der DDR-Forschung im Rahmenprogramm Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften“ eine individuelle Beratung zur Weiterentwicklung der eingereichten Projektskizze hin zur Förderfähigkeit zu ermöglichen und durch eine zusätzliche Förderrunde eine weitere Chance auf Folgeförderung zu schaffen;
 3. die Kommunismus-Forschung als dauerhafte Aufgabe mit bundespolitischer Verantwortung anzusehen und gemeinsam mit den Ländern die Rahmenbedingungen zur Etablierung eines eigenständigen Forschungsfeldes zu schaffen;
 4. die wissenschaftliche Aufarbeitung von gesundheitlichen und auch psychologischen Folgeschäden bei Opfern der SED-Diktatur interdisziplinär und multiprofessionell voranzutreiben sowie die notwendigen Beratungs-, Unterstützungs- und Rehabilitierungsangebote zu verbessern;

5. die Forschung zu Ursachen, Wirkung und Folgen des Kommunismus im gesamtdeutschen und europäischen Kontext sowie im internationalen Vergleich als Grundlage für die Vermittlungsarbeit, etwa über die Bundesstiftung Aufarbeitung, zu stärken.

Berlin, den 13. Juni 2023

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion

